

Die große Frage nach dem richtigen Wirtschaftssystem

Der Sozialismus hat mit seiner Wirtschaftsordnung der Zentralverwaltungswirtschaft versagt. Aber auch der unkontrollierte Kapitalismus vermag die Anforderungen an eine leistungsfähige und gerechte Wirtschaftsordnung nicht zu erfüllen, wie wir heute erleben.

Von Andres Müller

In den 1960iger Jahren hatten die Ökonomen geglaubt, die Frage des Wirtschaftssystems und der richtigen Wirtschaftsordnung sei ein für allemal gelöst. Auch für die Menschen, die in der Bundesrepublik mit ihrer Sozialen Marktwirtschaft lebten und arbeiteten, war dies keine Frage, die Bürger waren mit sich und ihrem Wirtschaftssystem zufrieden. Leistung wurde angemessen bezahlt und wer fleißig war, konnte es zu etwas bringen und sich einen bescheidenen Wohlstand leisten.

Das ist heute nicht mehr der Fall. Heute, im Jahr 2008, taumelt der Kapitalismus zum zweiten Mal nach der großen Weltwirtschaftskrise in den 30iger Jahren des 20. Jahrhunderts in eine existentielle Krise. Das bekommen die Menschen zu spüren. Die ideologischen Apologeten des Liberalkapitalismus wollen das nicht wahr haben. Sie leugnen die sichtlichen Fehlentwicklungen des Kapitalismus hartnäckig. Finanzielle Unterstützung erhalten sie natürlich von den Nutznießern des Systems. Geld regiert eben die Welt. Die Nutznießer, das sind all die großen und kleinen Kapitalisten auf der ganzen Welt, die „auf der Sonnenseite der Entwicklung“ von den exorbitanten Renditen und Spekulationsgewinnen profitieren, die ihnen dieses System beschert. In einer erstaunlichen Vielzahl haben sich diese „modernen Unternehmer-Typen“ gerade in den ehemals kommunistisch beherrschten Ländern entwickelt.

Die neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus – der Globalkapitalismus – zeigt die im Kapitalismus angelegten Gefahrenpotentiale in drastischer Deutlichkeit: Absolute und relative Bereicherung der großen Kapitalbesitzer, insbesondere des Finanzkapitals, das wie erdrückende Schlingpflanzen alle Volkswirtschaften durchwuchert, auf Kosten einer absoluten und relativen Verarmung der arbeitenden Bevölkerung in allen Nationen und Völkern. Dies konnte nur geschehen, weil zwischen Politik und Finanzkapital eine unheilige Allianz geschlossen wurde und die Politik ihrer genuinen Aufgabe – für das Wohl des Volkes zu sorgen – nicht nachkommt.

Jetzt hat die Weltfinanzkrise eine Entwicklung losgetreten, die, anders als die Verhinderung des Zusammenbruchs des Bankensystems, mit den Mitteln der herkömmlichen Geld- und Finanzpolitik nicht mehr beherrschbar ist: Inflation bei gleichzeitiger Rezession! Jetzt werden auch jene Menschen, denen die wirtschaftliche und politische Entwicklung bisher relativ gleichgültig war, wachgerüttelt. Diese Entwicklung wird alle treffen. Und es wird sich zeigen, daß die kommende Krise keine Konjunktur- oder Wachstumskrise ist, wie die Fachjournaille der kapitalistischen Welt – sich selbst beschwichtigend – verbreitet. Es ist eine Systemkrise.

Im Verlauf dieser Krise wird es nicht an Stimmen fehlen, die Marktwirtschaft und Kapitalismus in Bausch und Bogen verurteilen werden. Ihnen sei „ins Stammbuch geschrieben“, daß Marktwirtschaft und Kapitalismus an sich sehr wohl geeignet sind, die materiellen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Das hat die Geschichte bewiesen. Man muß den funktionierenden Mechanismen einer Marktwirtschaft nur die notwendigen kontrollierenden Zügel anlegen. Das ist in Deutschland eine Zeit lang geschehen, als man nach dem 2. Weltkrieg die Soziale Marktwirtschaft aufbaute. Der Name „Soziale Marktwirtschaft“ wurde damals von Müller Armack geprägt. Ziel und Funktionsweise dieses Wirtschaftssystems würden sicherlich noch treffender mit dem Begriff „Sozial kontrol-

lierte Marktwirtschaft“ beschrieben. Sie wurde durch das weltweite Ausgreifen der Globalisierung überrollt und ausgelöscht. Dies geschah unter tätiger Mithilfe von Politik und Wirtschaft in Deutschland! Die einen sahen in der Globalisierung die Möglichkeit, noch schneller noch reicher und mächtiger zu werden, die anderen waren zu dumm, die Gefahren einer unkontrollierten Machtentfaltung des Kapitals zu erkennen und sind deshalb der Verantwortung ihrem Volk gegenüber nicht gerecht geworden.

Die Systemfrage wird in nächster Zeit gestellt werden. Aber jene, die Verantwortung für die Entwicklung der letzten Jahrzehnte tragen, sollten von der Verantwortung, der sie nicht gerecht geworden sind, befreit werden. Und den anderen, die in der Zentralen Planwirtschaft die einzige und bessere Alternative der Wirtschaftsordnung erkennen wollen, sei ins Gedächtnis gerufen, welche Mängel dieses System im real existierenden Sozialismus entfaltet hat.

Natürlich hat die Zentralverwaltungswirtschaft versagt. Nach ersten Erfolgen in der Aufholjagd gegenüber dem Kapitalismus in der westlichen Welt, hat die zentrale Planung mit zunehmender Entwicklung des technischen Fortschritts und der Differenzierung der Produkt- und Leistungsvielfalt mit der Effizienz der Marktwirtschaft nicht mehr Schritt halten können. Am Beispiel des Niedergangs der DDR-Wirtschaft seien die eklatanten Mängel einer Zentralverwaltungswirtschaft nochmals veranschaulicht und in Erinnerung gerufen.

Die zentralen Schwächen der Planwirtschaft waren und sind:

- Die [Koordination](#) von Angebot und Nachfrage mißlang, sie wird in der Marktwirtschaft vom Marktmechanismus gewährleistet.
- Die geringe Motivation des leitenden und ausführenden Faktors Arbeit und
- die mangelnden Innovationskraft auf allen Ebenen des Wirtschaftsprozesses.

Die Preise signalisieren nicht die wirklichen Knappheiten von Gütern und Leistungen, die Produktionsfaktoren werden fehlgelenkt. Eine automatische Ausgleichsfunktion, die bei hohen Preisen das Angebot erhöht und die Nachfrage senkt, gibt es nicht.

Die Löhne waren höher als die Arbeitsproduktivität. Die Menschen waren alle beschäftigt, aber sie produzierten in einer Stunde weit weniger als die Arbeiter in Westdeutschland. Schuld waren die Planungsmängel. Zur Wendezeit betrug die durchschnittliche Produktivität der DDR-Industrie weniger als die Hälfte des BRD-Niveaus.

In den fünfziger Jahren waren insgesamt fast 13 Prozent der DDR-Erwerbsbevölkerung in den Westen geflohen. Der Faktor Arbeit war in allen Bereichen zum Engpaß geworden. Trotzdem wurde er unproduktiv (verschwenderisch) eingesetzt. Ein Unternehmer, der dies in einer Marktwirtschaft tut, wird sofort bestraft. Er macht Verlust und muß sein Unternehmen vom Markt nehmen.

Die Zentralen Wirtschaftspläne mußten ständig korrigiert und an die realen Knappheiten angepaßt werden. Trotzdem hinkten sie in einer Zeit der zunehmenden Innovation und des technischen Fortschrittes den Entwicklungen ständig hinterher.

Die starre Materialzuweisung der Staatlichen Plankommission (SPK) bewirkte Stockungen und Verzögerungen im Produktionsablauf. Betriebsleiter wurden für möglichst große Produktion belohnt, folglich herrschte eine „Tonnenideologie“ mit enormem Materialverbrauch, die Produktion wurde immer ineffizienter.

Mitte der sechziger Jahre versuchte die DDR-Führung, unter Walter Ulbricht, das Planungssystem zu lockern und zu dezentralisieren. Die unteren Ebenen der Wirtschaft sollten mehr Freiraum erhalten und Wettbewerb simulieren. Die DDR schickte Mitte der

1960iger Jahre ihre Wirtschaftswissenschaftler in den Westen, sie sollten die marktlichen Planungsmethoden erlernen und in der DDR anwenden. Doch das Experiment scheiterte. Zentrale Planung und Marktwirtschaft ließen sich nicht gleichzeitig und nebeneinander betreiben.

Erich Honecker vollzog danach wieder eine Kehrtwende zum orthodoxen sozialistischen Planungssystem. Die ökonomische Situation verschlechterte sich infolgedessen noch schneller und stärker. Der Staatskonkurs konnte nur durch Milliardenkredite der Bundesrepublik 1982 hinausgezögert werden.

Ein Gutachten des Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission (SJPK), Gerhard Schürer, ergab 1989, daß eine Zahlungsunfähigkeit nur zu verhindern sei, wenn der Konsum der Bevölkerung um 25 bis 30 Prozent gedrosselt werde. Die Lage war für die DDR-Führung hoffnungslos geworden. Sie hatte ebenso aus der Geschichte zu verschwinden wie das gesamte Sowjetimperium.

Doch den Deutschen in der DDR eröffnete sich mit dem Anschluß an die BRD nicht das erhoffte Dasein im Schlaraffenland unbegrenzten materiellen Wohlstands. Sie kamen nicht in einen „goldenen Westen“, sondern sie erlebten gemeinsam mit den „Westdeutschen“ eine ökonomische Stagnation und einen nicht für möglich gehaltenen Niedergang. Der Kapitalismus hatte im Kampf der Systeme gesiegt, aber der Sieg ließ alle seine schlimmen Anlagen und Konzeptionen in ihrer ursprünglichen Stärke wieder auferstehen.

In allen Ländern der kapitalistisch gewordenen, globalen Welt wird die Systemfrage in den nächsten Jahren gestellt werden müssen. Das ist sicher. Unkontrollierter (freier) Kapitalismus und Zentralverwaltungswirtschaft haben bewiesen, daß sie die zentralen Aufgaben eines Wirtschaftssystems:

- Effiziente Versorgung mit materiellen Gütern und Leistungen und
- leistungsgerechte Verteilung des Sozialproduktes (Volkseinkommens)

nicht lösen können. Die Alternative muß lauten:

„Staatlich kontrollierte, soziale Marktwirtschaft“.